

AI-Index: AMR 53/5348/2022

18. März 2022

-es gilt das gesprochene Wort-

MÜNDLICHE ERKLÄRUNG

PUNKT 4: Interaktiver Dialog mit der unabhängigen internationalen Untersuchungsmission für die Boliviarische Republik Venezuela

INTERNATIONALE BEMÜHUNGEN ZUR RECHENSCHAFTSPFLICHT FÜR SCHWERE VERBRECHEN

IN VENEZUELA BLEIBEN WEITERHIN UNERLÄSSLICH

UN-Menschenrechtsrat

Neunundvierzigste Sitzung

28. Februar – 1. April 2022

Herr Präsident,

Amnesty International dankt der unabhängigen internationalen Ermittlungsmission zur Boliviarischen Republik Venezuela (FFM) für ihren aktuellen Lagebericht über die ernste Menschenrechtslage in Venezuela.

Die Repressionspolitik der Regierung wird trotz anhaltender Bemühungen dieses Rates weiter intensiviert, wobei im vergangenen Jahr vermehrt Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger:innen und humanitäre Helfer:innen zu verzeichnen waren.

In einem emblematischen Fall wurde der Menschenrechtsverteidiger und gewaltlose politische Gefangene Javier Tarazona, Direktor der Nichtregierungsorganisation *FundaREDES*, im Juli 2021 willkürlich inhaftiert und wegen unbegründeter „Terrorismus“-Vorwürfe angeklagt. Sein Gesundheitszustand hat sich aufgrund fehlender medizinischer Behandlung ernsthaft verschlechtert. Wir fordern seine sofortige und bedingungslose Freilassung.

Amnesty International, *Foro Penal* und *Centro para los defensores y la Justicia* haben kürzlich einen Bericht herausgegeben, in dem der Zusammenhang zwischen Medienangriffen auf Menschenrechtsverteidiger:innen und politisch motivierten willkürlichen Festnahmen detailliert beschrieben wird. Die Daten untermauern, was viele in Venezuela in den letzten Jahren berichtet haben: Die Unterdrückungspolitik beinhaltet eine Komponente politischer Diskriminierung, die als Menschenrechtsverletzung der Verfolgung untersucht werden sollte.

Opfern und Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen nach internationalem Recht wird weiterhin der Zugang zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung auf nationaler Ebene verweigert, und die Regierung weigert sich weiterhin, mit der FFM zusammenzuarbeiten oder ihre Empfehlungen umzusetzen.

Wir ermutigen die FFM, die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs und alle anderen Rechenschaftsinstanzen, die Korrelation zwischen verschiedenen repressiven Taktiken zu berücksichtigen, wenn sie die strafrechtliche Verantwortung der Behörden in Venezuela dokumentieren.

Wir möchten die FFM fragen, ob sie Menschenrechtsverletzungen festgestellt haben, die sie noch nicht dokumentieren konnten und die in den kommenden Jahren weitere Untersuchungen verdienen.

Danke, Herr Präsident.